



Poldi

KPÖ - PolitikDirekt in die Leopoldstadt

Schluss mit dem Diebstahl an öffentlichem Eigentum:

Bürgerversammlung gegen Postschließung!



Jetzt unterschreiben!

Die verantwortlichen Postmanager planen die Schließung des Postamts in der Engerthstraße 191. Die Vernichtung öffentlichen Eigentums durch Privatisierungen, nicht nur bei der Post, schreitet voran. KPÖ&Poldi tritt gegen diese Entwicklung an und sammelt Unterschriften für eine Bürgerversammlung, die das Postamt retten kann. S.7

**Aktionstag:
Praterstern
wird zur
Rassismus-
freien Zone
S. 3**

**Gebühren-
erhöhungen:
SPÖ und
Grüne im
selben Boot
S. 6**

**Unterschreiben:
Gegen den
Schließungs-
wahn bei der
Post
S. 7**

Editorial

3 Billionen Euro in einer Woche vernichtet!

Diese Summe entspricht der Jahresleistung der Bevölkerung Frankreichs, oder rund fünfzig Millionen Durchschnitts-Jahreseinkommen. Einfach an den Weltbörsen verreckt!

Auf der anderen Seite gibt es immer mehr Menschen, die sich - in Ländern wie Spanien oder Israel - gegen die Kürzung von Sozialleistungen, Renten und Löhnen zur Wehr setzen. Unberührt davon setzt die Politik die vom Kapital verlangten Maßnahmen gegen ihre Bevölkerungen durch. Medien berichten lieber über die sinnlose, ohnmächtige Zerstörungswut Einzelner, als von den Protesten Hunderttausender. Ursachenrecherche ist nicht angesagt, dafür Hetze, Ausgrenzung und der Ruf nach strafrechtlicher Verfolgung der Protestierenden.



KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko
(Foto: Martin Juen)

Solche Zeiten bieten immer wieder Möglichkeiten für Scharlatane, so z.B. kürzlich am Vorgartenmarkt: Da macht die FPÖ Stimmung gegen die schwer arbeitenden ausländischen StandlerInnen, obwohl sie sehr genau weiß, dass es ohne diese keine Nahversorgung gibt. Die selbsternannten Schützer der „Bodenständigkeit“ betreiben ungeniert die Geschäfte der Einkaufszentren, denen die Nahversorgungsmärkte schon immer ein Dorn im Auge waren (Seite 4). Gegen solche rassistischen Hetzer wehren wir uns und führen auch in diesem Jahr, zusammen mit vielen Initiativen, die „Antirassistische Aktionswoche“ durch (Seite 3).

Immer mehr Menschen unterschreiben unseren Protest gegen die geplante Schließung des Postamtes in der Engerthstraße 191. Es ist bewiesen, dass es der Post-Geschäftsleitung nur um höhere Renditen für die Aktionäre geht. Nutzen Sie die Gelegenheit und unterschreiben auch Sie. Wir verlangen von der Bezirksvorstehung die Einberufung einer Bürgerversammlung zu diesem Thema (Seite 7).

Ab September gibt es bei den Kategoriemieten eine fünfprozentige Mieterhöhung. Darüber hinaus betreibt die Rathausführung durch ihr „Valorisierungsgesetz“ einen unglaublichen Griff in die Taschen der Klein- und MittelverdienerInnen. Und die GRÜNEN? (Seite 6)

Wir freuen uns, Ihnen mit dieser neuen Ausgabe der PolDi-Zeitung unsere Standpunkte näher bringen zu dürfen!

**Ihr KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko
und das PolDi-Team.**

Existenzbedrohend Leben am Minimum

von Doris Schlager

Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung führt zum ersten Mal.

Schon bei der Einführung der Mindestsicherung im letzten Jahr war klar, dass diese den Ansprüchen, die Sozialhilfe zu vereinheitlichen und eine größere Rechtssicherheit zu schaffen, nicht gerecht werden würde. Armutsfester ist Österreich jedenfalls nicht geworden, die Standards sind weiterhin nicht einheitlich. Dafür ist die Bürokratie - vor allem in Wien - reichlich überfordert. Immer wieder wurde von unzumutbar langen Wartezeiten berichtet.

Dabei liegt die Mindestsicherung weit unterhalb des Einkommens, ab dem Menschen als armutsgefährdet gelten. Einer Einzelperson stehen dadurch sogar 240 € weniger als die Armutsgrenze zur Verfügung!

Das größte Problem aber ist, dass sich die Mindestsicherung keineswegs am Bedarf orientiert. Die Höhe richtet sich also weder nach den tatsächlichen Wohnungs- und Energiekosten, noch wird die Hilfe in besonderen

Lebenslagen garantiert.

Die 25% der Mindestsicherung, welche für den „Wohnbedarf“ vorgesehen sind, reichen natürlich nicht einmal annähernd, um in Wien eine Wohnung zu derzeitigen Preisen anzumieten. Die Möglichkeit, zusätzlich Wohnbeihilfe zu beziehen, wollte Wien den MindestsicherungsbezieherInnen aber nicht gewähren. So wurde letztes Jahr beschlossen, dass die Mindestsicherung nicht dem Einkommen zugerechnet werden darf, welches mindestens nachgewiesen werden muss, um Wohnbeihilfe beziehen zu können.

Erst der Aufschrei zahlreicher SozialarbeiterInnen, dass viele KlientInnen vor der Delogierung stünden, führte dazu, dass nach über einem Jahr dieser Entscheidung mit einem Gemeinderatsbeschluss zurückgenommen wurde.

Allerdings steht jetzt eine grundsätzlichere gesetzliche Änderung im Raum, die „aufkommensneutral“ sein soll. Aufmerksame BeobachterInnen wissen: Dies kann nichts Gutes bedeuten. ■

Aktionstag WienerArmutNetzwerk Donnerstag, 15. September 2011

Das WienerArmutNetzwerk wird im Rahmen des „Bundesweiten Aktionstages zur Mindestsicherung“ am 15. September 2011 erstmals öffentlich auftreten.

Aktion: Verteilung von „Beipackzetteln“ (Hilfestellung zum Antrag der Bedarfsorientierten Mindestsicherung) vor Sozialämtern, sowie die Errichtung symbolischer Barrieren vor der Zentrale der MA 40 am Thomas Klestil Platz 8, 1030 Wien www.wienerarmutnetzwerk.at

Aktionstag „Rassismusfreie Zonen“

Freitag, 30. September - 14.00 - 22.00 Uhr



**Praterstern,
vor dem FLUC
1020 Wien**
**Geplantes
Programm:**



13:30 – 14:00 Meisterinnen-Sax von *Edith Lettner*

14:00 Begrüßung und Eröffnung mit *Ute Bock*
Anschließend Lieder von *Kurt Winterstein*

Während der Pausen lesen die Autoren des
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Eugen Bartmer, Gerald Grassl, Toni Mantler
Josef Rieser und Christian Schreibmüller im
Restaurant Balkanhaus

14:30 – 14:45 *Integrationshaus*
Projekt MIGRA-Train

Integrationshaus



Lieder von *Susanna Trendov*

15:00 *Steine der Erinnerung*

15:30 – 16:30 **Diskussion:**
*Schürt der Rechtspopulismus der FPÖ
den Alltagsrassismus?*



Teilnehmer:



Melina Klaus,
Alexander Pollak,



Karin Klaric,
(Purple Sheep)



Alev Korun,



BV Kubik (*angefragt*)

Moderation: Martin Just



Ljubomir Bratic,

18 Uhr *Werkkreis Literatur der Arbeitswelt*

anschließend Gespräch mit *Ute Bock* und *SO-MAL 21*

18:30 – 20:00 **Musik:**
Jojo Tischler
Toni & Sven

Blues für durchschnittlich
2 Gitarren und Gesang



Teilnehmende Organisationen:

Verein Ute Bock,
ZARA, Purple Sheep,
Integrationshaus,
Wagenplatz Wien,
vienna150, SO-MAL21,
Tarantel, SOS Mitmensch,
Agora, Rettet die Lobau,
Bürger von Augarten,
Abrasa u.v.m.

<http://rassismusfreiezone.at/>

Aktion gegen Hetze am Vorgartenmarkt Kein Obst und Gemüse für Rassisten!

von Nikolaus Lackner



Die Dame vom Vorgartenmarkt ist auf ehrliche Menschen angewiesen. Deshalb geht sie auf den Markt. Denn dort findet man sie, egal welcher Herkunft und Gesinnung.

Begonnen hat es mit einer Einladung der Freiheitlichen an alle BezirksbewohnerInnen zu einem „Fest“ am Vorgartenmarkt. Nun wissen wir natürlich, wer da warum mit Freibier auf dem Markt steht. Die Bezirks FP ist nicht etwa am Erhalt oder Ausbau der Nahversorgung interessiert, sondern führt mit dem Slogan „Österreicher zuerst“ einen Kampf gegen MarktstandlerInnen nichtösterreichischer Herkunft.

Den rassistischen Plattitüden der Effen etwas entgegenzusetzen, war für die AktivistInnen von PolDi-KPÖ Leopoldstadt natürlich keine Frage des Wetters und des Gegenwinds. Es ging um nichts weniger als die Versorgungssicherheit im Grätzel.

Die FPÖ hatte schließlich öffentlich angedroht, nur mehr „Österreicher“ dürften

Marktstände betreiben. So entschlossen sich Kunstschaffende, AntirassistInnen, Parteilose und KommunistInnen relativ spontan zu einem Fest der Solidarität mit den MarktstandlerInnen. Und sie trafen sich, trotz diverser Versuche der Magistrate, dies zu verhindern. Zwischen Lesungen aus der Literaturzeitschrift „Tarantel“, den Werken von Karl Kraus und spontanen Reden von AktivistInnen, stellten sich den flachen Sprüchen der „Nationalen“ viele empörte Bürger entgegen. "Kein Obst und Gemüse für Rassisten!" antwortete man auf die hetzerischen Untergriffe von rechts.

Schützt die Wiener Märkte. Vor der FPÖ!

Gerald Grassl schrieb in der „Tarantel“: „Die Wiener FPÖ führt einen Kampf um die Wiener Märkte - einer-

seits wichtige Nahversorger, andererseits bedeutende Kulturdenkmäler der Stadt - zu beseitigen bzw. zu ruinieren. Der scheinheilige, rassistische Vorwand: Die Ständeln würden fast nur mehr von „Ausländern“ betrieben. Die FPÖ ist aber vor allem eine Partei der Immobilienhändler und Hausherren, deren Interesse es ist, die wenigen Wiener Märkte zu ruinieren, um handelbare Grundstücke für neue Bürobauten oder Einkaufszentren zur Verfügung zu haben.“

Das gute Gewissen des Vorgartenmarktes

Ich sah die alte Frau schon von weitem auf uns zukommen, sie ging am Stock. Man merkte, dass ihr schon kurze Strecken zu Fuß schwerfielen. Bis auf wenige Meter an uns herangekommen, hielt sie inne. Es wirkte, als atme sie die Geräuschkulisse ein: ArbeiterInnenlieder, den Wind, wie er die Blätter der Bäume, die roten Fahnen und die Infomaterialien zum Rascheln und Flattern brachte, Fetzen von Diskussionen und Gesprächen.

Ich ging auf die Dame zu und begrüßte sie. Frau M. - geboren 1916 in der Lasallestrasse und immer noch dort wohnhaft - ist zu 95% erblin-

det. Aber sie hört bis heute gut und unsere Anliegen interessiert sie. Weshalb sie die Einladung, sich zu setzen und zu verweilen, gerne annahm.

Sie erzählte: Endlich sei wieder etwas los am Vorgartenmarkt, denn dieser gehöre belebt. Seit frühester Jugend kaufe sie hier ein und habe den Niedergang des Marktes hautnah miterlebt. Dort gab und gibt es: den türkischen Gemüsestandler, den serbischen Fleischhacker und viele mehr. Man kennt sie hier, nimmt ihre besonderen Bedürfnisse ernst und behandelt sie mit Respekt. Wo immer sie dort einkauft, nimmt man sich aus der Geldbörse nur, was geschuldet wird. Frau M. ist auf ehrliche Menschen angewiesen. Und die gibt es am Markt zuhauf, egal welcher Herkunft sie sind.

Nur wenige Meter entfernt forderte eine ausländerfeindliche Partei kurzsichtig, die Stände dürften nur von Österreichern betrieben werden. Frau M. kann nicht auf den ersten Blick erkennen, ob jemand äußerlich vielleicht anders erscheint. Doch mit dem Herzen sieht sie besser als viele von uns. Ich begleitete die alte Dame noch über die Straße und verabschiedete mich. Lange sah ich ihr nach, wie sie langsam aber bestimmt ihres Weges ging. ■



Das Video zur Aktion finden Sie unter:

<http://youtu.be/jr7xOt5rzxl>

WienTV berichtet jeden Dienstag über Demos, Proteste und Aktionen in Wien. Die sehenswerten "Nachrichten ganz org" gibt es bei www.wientv.org.

Der nächste Winter kommt bestimmt... Energiewende, aber sozial verträglich

von Patrick Kaiser

Energie ist kostbar, sie ist auf der Welt derzeit begrenzt vorhanden. Solange der ökologische Umbau zu ihrer Erzeugung noch nicht geschafft ist, müssen wir mit Energie haushalten. Die aktuelle Entwicklung der Technik legt den Fokus aber immer noch auf steigenden Energieverbrauch, statt durch gesteigerte Effizienz Energie einzusparen. Es werden fast ausschließlich Innovationen produziert, die nicht dem Mensch und der Umwelt dienen, sondern kurzfristige Gewinne für wenige versprechen.

Nun wäre es einfach zu sagen: Machen wir Energie teurer. Dann wird sich jedeR Einzelne Gedanken darüber machen müssen, wie sie/er Energie einsparen kann. Aber ist dies auch sozial verträglich? Welche gesellschaftlichen Auswirkungen hätte das?

In Österreich wird ca. 1/4 der Energie von den privaten



Haushalten verbraucht. Den Rest teilen sich Verkehr und produzierendes Gewerbe. Das produzierende Gewerbe liegt also im Energieverbrauch deutlich über dem Konsum der Privathaushalte! Bezahlt aber umgekehrt nicht einmal ein Hundertstel pro kWh. Diese Tatsache stellt absolut kei-

nen Sparanreiz für die Betriebe dar. Zusätzlich wird sehr viel Energie für Promotionsmaßnahmen verbraucht (Werbung, Leuchtreklame, zu Promotionszwecken beleuchtete Bürogebäude, usw.), damit die VerbraucherInnen die - meist unnötigen - Produkte auch kaufen.

Würden nur alle deutschen Konzerne ihre lecken Druckluftleitungen reparieren, könnte der Stromverbrauch einer Millionenstadt eingespart werden. Es gäbe also die Technologie, sie wird nur nicht genutzt! Weil hoher Stromverbrauch für Großabnehmer billiger ist als Energiesparen. Die AlleinverdienerInnen oder der prekäre Haushalt sollen dafür mit steigenden Energiekosten, gar Stromabschaltungen - mit Hilfe der neuen, bald flächendeckend installierten „Intelligenten Stromzähler“ - leben müssen.

Teurere Energie schadet dem ärmeren Teil der Bevölkerung exorbitant, schließt sie vom Fortschritt aus, bringt sie in finanzielle Probleme. Der Energieaufwand des ökonomisch benachteiligten Teiles der Bevölkerung macht nur einen Bruchteil des Gesamten aus. Hier kann am wenigsten ohne Einschnitte in die Lebensqualität der Betroffenen gespart werden. Ein nachhaltiger Energiewandel darf für die Allgemeinheit keine „Verzichtsgesellschaft“ darstellen!

Was tun?

Verlagern wir den Schwerpunkt der Produktion weg von unnötigen, zerstörerischen Produkten wie Rüstun-

gen, Verpackung, Luxusgüter, Werbung und Leuchtreklamen. Nehmen wir jene stärker in die Pflicht, die problemlos sparen könnten: Großverbraucher. Dies am besten durch progressiv steigende Energiekosten.

Forcieren wir die Entwicklung leistbarer energieeffizienter Geräte, die die Grundbedürfnisse des Lebens abdecken. Die Stadt Wien könnte statt E-Bikes z.B. den Kauf von

stromsparenden Kühlschränken fördern.

Die KPÖ hat mit der Energiegrundsicherung ein durchdachtes Konzept hin zu einer sozial verträglichen Energiewende anzubieten. Jedem Haushalt wird dabei ein kostenloser Grundbezug an Energie ermöglicht. Wer mehr verbraucht - und damit Energie verschwendet - soll dafür höhere Preise bezahlen. Mehr dazu auf www.energiegrundsicherung.at. ■



Diskussionen über den Text unserer Bundeshymne prägten das politische Sommertheater. Vieles, was dabei geschrieben und gesagt wurde, hinterließ bei uns Linken einen bitteren Nachgeschmack. Deshalb bin ich der Einladung einer Tageszeitung mit Qualitätsanspruch gefolgt und habe dort eine „etwas andere“ Hymne vorgeschlagen:

Land der Zwerge, Land der Gnome,
Land der Hetzer und Phantome,
Land der Kammern, spesenreich!
Heimat bist du großer Blender,
Volksenteigner und Geldverschwender,
kleinkariertes Österreich,
kleinkariertes Österreich.

-
Wild wird um die Pfründ' gestritten,
zwischen Rechten und der Mitten,
einem Hahnenkampfe gleich.
Hast seit Adolf Hitlers Tagen,
Opfermythos stolz getragen,
grundverlognes Österreich,
grundverlognes Österreich!

-
Doch es kommen neue Zeiten,
Bonzen wern zum Kadi schreiten,
demutsvoll und tränenreich.
Einig wern's mit den Klaqueuren,
Offenbarungseide schwören.
Ausgeraubtes Österreich,
ausgeraubtes Österreich.

Valorisierung: Das Zauberwort für Politikbetrug

von Josef Iraschko

Die SPÖ-Mehrheit hat 2007 im Wiener Gemeinderat das sogenannte „Valorisierungsgesetz“ beschlossen. Es bedeutet die automatische, keiner politischen Debatte und demokratischen Kontrolle zugängliche Anpassung von Gebühren und Tarifen öffentlicher Versorgungsleistungen. Was kommt nun alles auf die Bevölkerung Wiens zu?

Gebühren werden empfindlich erhöht!

Eine Erhöhung der Wassertarife um 33 %, der Parkscheine um 8%, Kanal- und Müllgebühr um 6%. Auch Gas wird ab Oktober erneut verteuert. Schon zuvor wurden in den letzten fünf Jahren Gas um 40%, der Strom um 20%, die Kanalgebühr um 35%, die Müllgebühr um 27%, Parkscheine um durchschnittlich 50%, und das Parkpickerl um rund 30% angehoben. Ein Einzelfahrschein der Wiener Linien hat sich seit 2002 um 40% verteuert. Neuerliche Erhöhungen sind angepeilt. Durch weitere

automatische Anpassungen der Tarife an die Inflationsrate wird sich das Leben in Wien in den nächsten Jahren weiter enorm verteuern.

Wir meinen: das Valorisierungsgesetz muss fallen!

Skepsis bereits vor einem Jahr

In meiner Antrittsrede als Bezirksrat von KPÖ&PoDi Leopoldstadt (nach den Wienwahlen im Oktober 2010) habe ich zur Koalition zwischen SP und Grünen folgendes festgestellt: „Wir fragen uns natürlich, welche Auswirkungen das kommende Belastungspaket auf die Menschen in der Stadt und unseren Bezirk haben wird. Hundert Milliarden werden auf der einen Seite allein in Österreich den Banken und Unternehmen - für sogenannte Rettungspakete - zur Verfügung gestellt. Andererseits gibt es einen europaweit bisher nicht gekannten Abwärts-Wettlauf der Staaten bei öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen, Sozialtransfers und Bildung. Ein Belastungspaket jagt das näch-

ste. Unter solchen Rahmenbedingungen drängt sich die Frage auf: Welche Chancen wird eine Rot-Grüne Koalition haben?

Es wird vor allem davon abhängen, ob es die SPÖ-Führung im Rathaus mit einer neuen Art des Regierens ehrlich meint. Oder ob sie die Grünen in einem fünf Jahre währenden Wahlkampf auflaufen lässt, zur Rückgewinnung der absoluten Mehrheit. Nur schöne Worte der Regierungsvereinbarung führen zu keiner Veränderung. Deshalb bin ich bei dieser zukünftigen Stadterweiterung äußerst skeptisch.“

Die Grünen werden vorgeführt!

Leider hat sich mein Skeptizismus sehr schnell als berechtigt herausgestellt. Die Führung der Grünen hat entweder nichts begriffen, oder sie fährt bewusst und freiwillig im selben Zug mit. Als Junior-Partner einer machtbesessenen SP können die Grünen mit diesem tagtäglichen Verrat an ihren WählerInnen freilich nur verlieren. Die SP-Fraktion

will augenscheinlich wieder die absolute Mehrheit im Gemeinderat. Dazu dient die Demontage der Grünen allemal. Indem diese sich aber derart vorführen lassen, wird die grüne bis linke Politik insgesamt diskreditiert. Dies wirkt sich in jedem Fall negativ auf das WählerInnenverhalten aus!

Fortschrittliches Handeln:

Ich denke, das Agieren sollte von drei zentralen Fragestellungen ausgehen:

1. Müssen wir uns Gesetze weiter von den Finanzmärkten diktieren lassen?

2. Dürfen Milliarden an Banken und Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, welche MitarbeiterInnen entlassen, Standorte verlagern und prekäre Arbeitsplätze schaffen?

3. Sollten diese Gelder nicht eher zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Projekten verwendet werden, die einer strengen ökologischen und sozialen Überprüfung unterliegen? ■



MieterInnenInitiative

- kostenlose Mietrechtsberatung
- Rechtshilfefonds für einkommensschwache MieterInnen
- Schulungskurse im Mietrecht

Kontakt:

Wien 9., Liechtensteinstraße 123/20

Telefon: 01/319 44 86

Email: office@mieterinnen.org

URL <http://www.mieterinnen.org>

Die MieterInnen-Initiative informiert:

Ab 1. September: Valorisierung der Kategoriemietzinse

Bei allen Mietverträgen für Wohnungen in Alt- und Gemeindebauten, die vor 1994 abgeschlossen wurden, gibt es ab 1. September 2011 eine 5%-ige Mieterhöhung. Grundlage ist auch hier die im Mietrecht vorgesehene Valorisierung, die besagt, dass alle diesbezüglichen Mieten bei einem Überschreiten der Indexe um 5% um diese Überschreitung angepasst werden können, ebenso die Pauschalen für die Verwaltungskosten. Die neuen Kategoriemieten sehen daher so aus:

01.07.04 bis 30.09.06	01.10.06 bis 31.08.08	01/09/08 bis 31.08.11	ab 1. September 2011	Kategorien
2,77	2,91	3,08	3,25	A
2,08	2,19	2,31	2,44	B
1,39	1,46	1,54	1,62	C + D brauchbar
0,69	0,73	0,77	0,81	D unbrauchbar

Postamt Engerthstraße 191 muss bleiben! Petition gegen die Schließungswelle

Liberalisierung des Postmarktes und Teilprivatisierung der Post (mit hohen jährlichen Dividendenausüttungen an Aktionäre) zeigen jetzt ihre Auswirkungen: Nun strebt die Post auch in Wien eine komplette Umstrukturierung an. Was dabei in der Leopoldstadt sogar von Bezirksvorsteher Kubik freudig als „Erweiterung des Angebots“ getarnt wird, stellt eine Privatisierung und Einschränkung der öffentlichen Dienstleistung dar.

Postämter werden in BAWAG-Filialen übersiedelt. Wo es - wie in der Umgebung der Engerthstraße 191 - keine BAWAG gibt, wird die Post durch einen fragwürdigen privaten Post-Partner ersetzt. Diese beschäftigten angelerntes, unterbezahltes Personal und bieten deutlich eingeschränkte Leistungen. Das geschulte Schalter-Personal findet in der verkleinerten Rest-Post keinen Arbeitsplatz

mehr und wird unter Druck gesetzt, zu kündigen.

Außerdem können Post-Partner jederzeit ohne Ersatz schließen. Die gesamte Entwicklung bringt eine weitere Einschränkung der Postversorgung, Hand in Hand mit der Dequalifizierung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Verschlechterung von Arbeitsbedingungen.

Was können wir dagegen tun?

Als Exempel kämpfen wir gegen die Schließung des bereits jetzt überlasteten Postamtes in der Engerthstraße 191. **Wir fordern mittels Unterschriftenliste eine Bürgerversammlung zu diesem Thema!**

KPÖ&PolDi Bezirksrat Josef Iraschko wird in der nächsten Sitzung der Bezirks-

Kommentar

von Robert Hobek

Arbeiterkammerrat und Vorsitzender der Postgewerkschaft für den GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock)



Das von den SP-Regierungsverantwortlichen Faymann und Bures hochgelobte Postmarktgesetz befördert die Österreichische Post - nach ihrer Privatisierung - Schritt für Schritt in den Abgrund.

Bezahlt wird die Rechnung vor allem die Bevölkerung, die ihres Eigentums beraubt wurde. Davor habe ich ständig gewarnt und in einer Petition an den Nationalrat den verfassungsmäßigen Schutz öffentlichen Eigentums verlangt. Unterstützung kam einzig durch das, von der FCG initiierte, Volksbegehren im letzten Jahr: „Stopp den Postraub“, während sich die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft hinter das „Postentmarktungs-Gesetz“ ihrer Parteigranden stellten. www.glb.at

vertretung einen dementsprechenden Antrag stellen und damit auch die anderen Parteien in die Pflicht nehmen, für die Bevölkerung einzutreten. ■

Die Unterschriftenliste gibt es auch zum Download auf: www.poldi.leopoldstadt.net/p/article295.html

Wer ein Smartphone mit QR-Barcode Reader besitzt, kann dies verwenden->



An:

Die BundesministerIn für Verkehr, Innovation und Technologie: Doris Bures
Den Bezirksvorsteher der Leopoldstadt: Gerhard Kubik

Mit meiner Unterschrift bin ich:

- Gegen die Schließung des Postamtes 1024 in der Engerthstraße 191, sowie dessen Ersatz durch einen fragwürdigen privaten "Post-Partner".
- Für die Erweiterung dieses Standortes, um Wartezeiten zu verringern und das Personal zu entlasten.
- Für die Rückführung der Post in öffentliche Hand. Zum Wohle der Bevölkerung und der dort Beschäftigten. Postdienste dürfen - wie alle anderen kommunalen Dienste - nicht der Gewinnmaximierung für Aktionäre dienen!
- Ich fordere eine Bürgerversammlung, um eine Schließung zu verhindern!



Name	Unterschrift	Adresse und/oder E-Mail	Ich möchte Neuigkeiten von PolDi!
			<input type="radio"/>
			<input type="radio"/>

Unterschriftenliste an Aktivisten weitergeben oder senden an: Bezirksrat Josef Iraschko, Nestroyplatz 1/20A, 1020 Wien

KPÖ Leopoldstadt & Freunde

Termine & Aktionen

Treffen der KPÖ Leopoldstadt

Die KPÖ Leopoldstadt trifft sich regelmäßig im Café Sperlhof, Große Sperlgasse 41, 1020 Wien. Wir diskutieren aktuelle politische Themen und planen unsere politischen Aktivitäten. Gäste und InteressentInnen sind stets herzlich willkommen! Beginn jeweils um 18.30 Uhr.

19. SEPTEMBER, 17. OKTOBER, Café Sperlhof

**ROTER MONTAG ZUM THEMA „AMS NICHT GENÜGEND - VOM ZWANGSKURS ZUR HILFSARBEIT“:
Mo., 21. NOVEMBER, 19:00,** Café Sperlhof



Weitere wichtige Termine:

DONNERSTAG, 15. SEPTEMBER:

WienerArmutnetzwerk: Bundesweiter Aktionstag zum „Tag der Mindestsicherung“. www.wienerarmutnetzwerk.at

FREITAG, 30. SEPTEMBER, RASSISMUSFREIE ZONEN PRATERSTERN (VOR FLUC) 14-22 H: Antirassistischer Aktionstag mit Kulturprogramm (Programm auf Seite 3)

NÄCHSTE SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG:

(Die Sitzungen sind öffentlich zugänglich)

27. SEPT., 16H, Bezirksamt Karmelitergasse 9, 2. Stock



Helfen Sie PolDi helfen!

PolDi&KPÖ-Leopoldstadt haben sich viel vorgenommen: Die Weiterführung unserer gut besuchten Veranstaltungen und Infostände, sowie weitere unermüdete politische Arbeit für eine solidarische Leopoldstadt. Zudem arbeiten wir an der Errichtung eines Sozial- und MieterInnen-Beratungszentrum im 2. Wir haben also viel vor und hoffen, mit unserer Arbeit auch das bei der letzten Wahl in uns gesetzte Vertrauen zu erfüllen.

Alle, die sich dabei ihre Mitarbeit vorstellen können, sind herzlich willkommen! Falls sie unsere politische Arbeit, Projekte und Ideen sinnvoll finden, unterstützen Sie uns bitte sowohl materiell als auch personell.

Spenden aller Art richten Sie bitte an:

Konto-Nr. 00604217604

BLZ 12000, Bank Austria

Konto: MI-MieterInnen-Initiative

Geben Sie beim Verwendungszweck bitte an, ob es sich um eine allgemeine Spende zur Unterstützung unserer politischen Arbeit handelt oder gezielt um Unterstützung eines unserer Projekte. Vielen Dank im Voraus!

Ihr KPÖ&PolDi-Team

Ja, ich will PolDi!

Bitte ankreuzen:

- Schickt mir die PolDi-Zeitung gratis zu
- Nehmt mich in euren Email-Verteiler auf
- Ich möchte ein Volksstimme-Probeexemplar
- Ich möchte aktiv werden, ruft mich an!

Vorname: _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Email: _____

Tel.: _____

Abschnitt einsenden an KPÖ Leopoldstadt/PolDi, c/o Josef Iraschko, Nestroyplatz 1/20A, 1020 Wien oder Rückmeldung per Email an: poldi@leopoldstadt.net